

## ÜBERSICHT

### AUSSENPOLITIK

#### BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

##### (1) Die deutsch-chinesischen Beziehungen im Berichtszeitraum

###### a) Besuche

Am 12. Mai reiste Bundesgesundheitsministerin Antje Huber zehn Tage lang in die VR China und unterzeichnete dort ein deutsch-chinesisches Gesundheitsabkommen, das den Austausch von wissenschaftlichen Informationen sowie die gegenseitige Entsendung von Ärzten vorsieht. Die deutsche Seite interessiert sich hierbei vor allem für traditionelle chinesische Heilverfahren wie die Akupunktur. Der Rahmen des Abkommens war bereits bei einem Besuch des stellvertretenden chinesischen Gesundheitsministers Qian Xianzhong in Bonn festgelegt worden. Schon damals hatte man einen Expertenaustausch ins Auge gefaßt, und zwar auf den Gebieten der Orthopädietechnik, der Replantation von Gliedmaßen, der Akupunktur und der Transplantation von Organen - also durchwegs Gebieten, auf denen die chinesische Medizin besonders fortgeschritten ist. Die deutsche Seite interessiert sich auch für chinesische Erfahrungen auf dem Gebiet der Arzneipflanzen-Forschung und -Therapie. Alle diese Elemente gingen in das neue Gesundheitsabkommen ein. Das Gesundheitsabkommen soll die Integration traditioneller chinesischer Heilverfahren in die westliche Medizin fördern.

Die Chinesen andererseits sind in erster Linie an deutscher Medizintechnik sowie an Organ-Transplantationsverfahren interessiert.

Der Besuch des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesjustizministerium, de With, diente vor allem Fragen des Patentrechts. U.a. wurde der Staatssekretär vom Leiter der Wissenschaftskommission, Fang Yi, empfangen. Der Delegation gehörte auch der Präsident des Deutschen Patentamts, Häußler, an. Fragen des Patentschutzes, die zur Debatte standen, erlangen auch bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und China wachsende Bedeutung.

Zu einem Gespräch mit Bundesbildungsminister Schmude kam der chinesische Erziehungsminister Jiang Nanxiang nach Bonn, und zwar an der Spitze

zeiner elfköpfigen Delegation. Der chinesische Minister erklärte nach seinen Verhandlungen, China sei bereit, auch auf dem Gebiet der Berufsbildung von der Bundesrepublik zu lernen. Während der Kulturrevolution seien viele Berufsschulen in China geschlossen worden. Gerade dieser Bildungsbereich müsse jetzt wieder aufgebaut werden. Zu diesem Zweck sollten chinesische Berufsbildungsexperten und Lehrer in die Bundesrepublik kommen.

###### b) Olympia-Boycott

Mit Genugtuung nahm Peking (XNA, 16. und 17.5.80) den Beschluß des NOK der Bundesrepublik zur Kenntnis, die Olympischen Spiele in Moskau zu boykottieren. Dies sei ein "weiterer schwerer Schlag für die Sowjetunion".

c) Aufmerksam verfolgen die Chinesen die Entsendung einer westdeutschen Marineeinheit in den Indischen Ozean. Die Zerstörer "Lütjens" und "Bayern" sollen zusammen mit den Versorgungsschiffen "Coburg" und "Spessart" die Häfen Karatschi, Bombay, Colombo, die britisch verwaltete Insel Diego Garcia und den kenianischen Hafen Mombasa anlaufen. Im Indischen Ozean operieren bereits amerikanische und britische Marineeinheiten (XNA, 30.4.80). Am 15. Mai wurde gemeldet, daß die "Bayern", die durch eine Havarie beschädigt wurde, durch den Zerstörer "Hessen" ersetzt würde (XNA, 15.5.80).

d) Auf wirtschaftlichem Gebiet war im deutsch-chinesischen Handel, wie ein Rückblick auf das Jahr 1979 zeigt, ein Anstieg um 36% zu vermerken. Der Gesamtumsatz des Jahres 1979 lag bei 3,7 Mrd. DM (Import chinesischen Ursprungs: 1 Mrd. DM = +33%, deutsche Exporte nach China: 2,7 Mrd. DM = +37%). Im Rahmen des gesamten Außenhandels der Bundesrepublik Deutschland war die Bedeutung der VR China mit einem Anteil von 0,3% der Einfuhr und 0,9% der Ausfuhr jedoch relativ gering. Die VR China stand in der Rangliste der deutschen Partnerländer an 42. bzw. an 19. Stelle. Der deutsche Aktivsaldo stieg von 1,3 Mrd. DM i.J. 1978 auf 1,8 Mrd. DM i.J. 1979.

Die Warenstruktur ist zwar im wesentlichen die gleiche geblieben (Rohstoffe und Halbwaren aus China, Fertigwaren der gewerblichen Wirtschaft aus der Bundesrepublik), doch zeigt sich gerade

auf einigen zunächst marginal erscheinenden Gebieten eine Zunahme der Ausfuhr industrieller Fertigprodukte aus China. Foto-Quelle beispielsweise, der noch 1970 mit Lieferungen der chinesischen Fotoindustrie höchst unzufrieden gewesen war, ist nunmehr dazu übergegangen, in größerem Stil in der VR China Kameras, Mikroskope, Objektive und Ferngläser zu ordern. Im Gegensatz zu den Sowjets, die sich als unflexibel erwiesen, gingen die Chinesen auf Gegenvorstellung des deutschen Versandhauses ein und übernehmen auch einige Teile aus der Bundesrepublik, wie Selenzellen und Verschlüsse. Auch hat sich der chinesische Partner auf langfristige Exklusivvertriebsverträge eingelassen. Foto-Quelle will den Chinesen nicht nur Know-how und Teile liefern, sondern auch ein Farblabor als Joint Venture einrichten (Bericht in "Die Welt", 13.5.80). Mit diesem Gemeinschaftsunternehmen will man auch einen Fuß in die Tür eines riesigen Zukunftsmarktes stellen. Freilich übersehen die Nürnberger dabei, daß die gesamte chinesische Joint-Venture-Aktivität auf Erwerb von Know-how und auf Deviseneinkommen, nicht dagegen auf Öffnung des chinesischen Marktes für Joint-Venture-Produkte gerichtet ist.

e) Das in Hamburg neuerrichtete Außenhandelszentrum, das acht Außenhandels-Gesellschaften vertritt (dazu C.a., April 1980, Ü 1) ist jetzt unter folgender Adresse zu erreichen: Repräsentanz der Außenhandelsgesellschaften, Laufgraben 35, 2000 Hamburg 13

f) Sport:  
Ein deutsches Bergsteigerteam bestieg den Xisha Bangma in Tibet ohne Sauerstoffmasken (XNA, 9.5.80) sowie den Xixia Bangma in Tibet (15.5.80). Der erstere Berg ist 8012, der letztere 7400 Meter hoch. Leiter der Expedition war der Bundestagsabgeordnete Manfred Abelein.

Vom 8.-22. Juni nehmen Mannschaften aus der Bundesrepublik, Mexiko, Rumänien, Japan und China an der internationalen Fußballrunde in Guangzhou teil (XNA, 21.5.80).

g) Zu einem Besuch Chinas traf am 20. Mai die erste Schriftsteller-Delegation der Bundesrepublik ein. Die von der Leibniz-Gesellschaft für Kulturellen Austausch in Berlin im Rahmen des deutsch-chinesischen Kulturaustauschprogramms entsandte Delegation folgte einer Einladung des Präsidenten der Gesellschaft des Chinesischen Volkes für Freundschaft mit dem Ausland, Wang Bingnan. An der Reise nahmen u.a. die Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger, Ursula Krechel, Oskar Negt, Helga M. Novak, Gaston Salvatore und Carola Stern teil.

-we-

## WESTEUROPA

### (2) China freut sich über das mißlungene Treffen der europäischen KPs und Arbeiterparteien in Paris

Zum Pariser Treffen, dessen wirklicher Zweck wahrscheinlich darin bestanden hat, eine pro-sowjetische Sammlungsbewegung der europäischen KPs und Arbeiterparteien ins Leben zu rufen, waren von 31 eingeladenen Parteien nur 9 erschienen, und 2 hatten Beobachter entsandt. Am auffälligsten war die Abwesenheit der KPs von Jugoslawien, Rumänien und Italien. Allein diese Tatsache macht die tiefe Spaltung zwischen dem Kreml und der KPF-Führung einerseits und den (aus Pekinger Sicht) "guten" Eurokommunisten andererseits deutlich (dazu C.a., April 1980, S.305 ff.). Daß zu dem Treffen neben der KPF nur die KPs aus den europäischen Satellitenländern erschienen waren, zeigt nach chinesischer Ansicht deutlich, wie sehr die Parteien aus anderen Ländern das Vorgehen der Sowjetunion in Afghanistan, ja überhaupt den gesamten hegemonistischen Kurs der Sowjetunion mißbilligen (XNA, 1.5.80).

-we-

### (3) Ein Jahr Thatcher-Regierung; Callaghan in Peking

Voller Zustimmung spricht sich XNA (5.5.80) für die Außenpolitik der Regierung Thatcher nach einem Jahr aus: Man trete in London für die Erweiterung der EG, für Europawahl, für die Unabhängigkeit Simbabwe, für die Stärkung der UNO und für die Zusammenarbeit mit China ein und habe außerdem beschlossen, angesichts der sowjetischen Drohungen die Verteidigungsausgaben um 3% zu erhöhen. Gleichzeitig wurde Oppositionsführer Callaghan, der frühere Premier, in Peking gefeiert (XNA, 12.5.80). Es ist eine schöne Sitte der Chinesen, daß sie ihre alten Kooperanten nicht vergessen, sondern mit ihnen auch nach dem Rücktritt aus dem Amt freundliche Beziehungen pflegen. Dies war besonders auffällig beim amerikanischen Präsidenten Nixon, dessen Sturz in Peking zumindest bei der Delegationseinstufung nicht zur Kenntnis genommen wurde.

-we-

## SOWJETUNION UND OSTEUROPA

### (4) Facetten der sowjetischen Südwärtsstrategie

Fünf Erscheinungsformen der "sowjetischen Aggression und Expansion" nach Süden werden von Xinhua (XNA, 22.4.80) aufgezählt:

1. Obwohl der Brennpunkt der globalen Strategie Moskau nach wie vor in Europa liegt, sei die Sowjetunion angesichts der militärischen Stärke des Westens gezwungen, einstweilen nach Süden vorzustoßen, um Europa auf diese Weise von der Flanke her anzugreifen. Die ersten Opfer seien dabei die Staaten in Südasien, Südostasien, Mittelost und Afrika. Der Hauptbeweis: Afghanistan.

2. Wesentliches Instrument der Infiltration seien die Verträge für Freundschaft und Zusammenarbeit, die bisher mit zehn Staaten der Dritten Welt (Asien, Afrika, Lateinamerika) geschlossen worden sind, mit Indien, Vietnam, Afghanistan und Äthiopien.

3. Kuba und Vietnam würden von der Sowjetunion als Expansionsinstrumente sowie als trojanische Pferde für das Eindringen in die Dritte Welt und die Welt der Blockfreien benutzt.

4. Der sowjetische Süwärtsdrang stürze die Länder der Dritten Welt in wirtschaftliche Schwierigkeiten, da der Run auf das gefährdete Öl die Preise in die Höhe schnellen lasse.

5. Die sowjetische Süwärtsstrategie habe aber auch die Sicherheit und Stabilität in einigen Ländern der Dritten Welt gefährdet. Rund 700.000 Afghanen, über 700.000 Kambodschaner, 200.000 Laoten und über eine Million Äthiopier hätten ihre Heimat verlassen müssen, und überdies habe der Exodus von Flüchtlingen aus Vietnam und Kuba weltweit Unruhe gestiftet (XNA, 22.4.80).

-we-

### (5) Hua Guofeng bei den Beerdigungsfeierlichkeiten für Marschall Tito

An der Beerdigung des verstorbenen jugoslawischen Präsidenten nahm Hua Guofeng an der Spitze einer chinesischen Partei- und Regierungsdelegation teil und überreichte u.a. eine Note, in der die Verdienste des Toten, nicht zuletzt auch seine "großen Beiträge für die Internationale Kommunistische Bewegung", für den Aufbau einer Volksarmee, für die Mitbegründung der Blockfreien-Bewegung und für die Freundschaft mit dem chinesischen Volk aufgezählt sind (XNA, 8.5.80). Die beiden wichtigsten Treffen Huas am Rande der Zeremonien waren die Zusammenkunft mit Indira Ghandi und Ceaucescu. Mit Breschnew wechselte Hua nicht ein Wort. Beide nahmen sich, obwohl bei den Feierlichkeiten nahe beieinanderstehend, mit keinem Blick zur Kenntnis.

-we-

## NORDAMERIKA

### (6) Das schöne und das häßliche Gesicht der USA

Nach wie vor werden die USA dialektisch, d.h. zugleich als Freunde und Feinde betrachtet.

a) Positiv erscheinen die USA, soweit sie anti-hegemonistisch auftreten: Soweit sie also beispielsweise neue wirkungsvolle, gegen die "sowjetischen SS-20-Raketen gerichtete Waffen entwickeln" (Bericht darüber in XNA, 18.5.80), soweit sie sich bereiterklären, den Chinesen militärische Ausrüstungen zu liefern (zur Besprechung solcher Fragen reiste der stellvertretende Ministerpräsident Geng Biao am 25. Mai in Erwiderung des Brown-Besuchs vom Januar 1980 nach Washington, XNA, 27.5.80) und wenn sie ihre Außenpolitik straffer gegen Moskau ausrichten. Eine solche Ausrichtung sieht Renmin Ribao (5.5.80) im Rücktritt des früheren Außenministers Cyrus Vance. Unmittelbarer Anlaß für dieses Ereignis sei das Scheitern der Geiselnbefreiungsaktion im Iran gewesen. Eigentliche Ursache jedoch sei ein tiefsitzender Streit innerhalb der amerikanischen Führung um die grundlegende Ausrichtung der Außenpolitik. Während Vance hauptsächlich auf Entspannung gegenüber der Sowjetunion gesetzt habe, spreche sich sein eigentlicher Widersacher, Brzezinski, für eine harte Linie gegenüber Moskau aus. Mit einem Unterton der Erleichterung stellt der Kommentator fest, daß die Ereignisse in Afghanistan nun offensichtlich auch in Washington zu der Einsicht geführt habe, daß es sich bei dem sowjetischen Vorgehen um systematischen Expansionismus handle. Noch bei den sowjetischen Schachzügen in Angola, Äthiopien, Nord- und Südjemem und Indochina habe man hier Zweifel gehabt. Afghanistan habe endlich Klarheit geschaffen.

Die Ernennung Edmund Muskies als Außenminister habe ihren Grund darin, daß Carter einerseits damit bei den Demokraten breite Resonanz zu finden hoffte, und ferner darin, daß Muskie den Präsidenten in so wichtigen politischen Fragen wie dem Panamakanal-Vertrag, dem ägyptisch-israelischen Friedensabkommen und bei der Salt II-Politik unterstützt habe. Vor allem aber war er für das Rettungsunternehmen im Iran miteingetreten.

b) Negativ wird nach wie vor die Wirtschaft sowie die Rassendiskriminierungspolitik betrachtet: Im April habe die amerikanische Industrie einen dramatischen Einbruch hinnehmen müssen (Näheres XNA, 18.5.80). Einen schweren Rückschlag habe auch die Bauindustrie erfahren (XNA, 15.5.80). Besonders tadelnswert sei die Rassendiskriminierungspolitik, wie sie in Miami zutage getreten sei. Dort hatten vier weiße Polizisten einen schwarzen Geschäftsmann erschlagen und waren dann - in dem sich anschließenden Prozeß - freigesprochen worden. "Als sich die verärgerten schwarzen Massen gegen dieses unfaire Urteil erhoben, wurden sie von der Polizei der lokalen Behörden unterdrückt." Nur durch strenge Bestrafung der Verbrecher und durch Einstellung der Rassendiskriminierung könne das Problem der schwarzen Amerikaner wirklich gelöst werden (XNA, 25.5.80).

-we-

## AFRIKA UND NAHOST

**(7) Drei afrikanische  
Staatsoberhäupter in China**

Anfang Mai besuchten der Ministerpräsident von Sierra Leone, Siaka Stevens (XNA, 2.5.80), sowie der Präsident von Guinea, Sekou Touré, die VR China (XNA, 4. und 8.5.80). Vom 12.-14. Mai hielt sich das mauretische Staatsoberhaupt Mohamed Khouna Ould Haidalla in Peking auf (XNA, 12., 15.5.80).

Sämtliche Delegationen wurden u.a. von Chen Muhua, der chinesischen Entwicklungshilfe-Ministerin, empfangen. Mit Mauretanien kam ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zustande (XNA, 15.5.80).

Ansonsten fällt bei all diesen Besuchen auf, daß die Gespräche und Ergebnisse steril sind. Sekou Touré zehrt noch von früheren Erinnerungen mit Zhou Enlai und Mao. Alle Besucher erhalten auch den ihrem Rang entsprechenden Empfang; im übrigen freilich beschränkt sich der Austausch auf Zeremonien, während gleichzeitige Besuche von Staatsmännern aus der Zweiten Welt und aus den USA mit höchst konkreten Abmachungen enden. Die Dritte Welt rückt, so wird bei diesen Besuchen deutlich, für China immer mehr in den Hintergrund, wenngleich sie verbal immer noch als Hauptverbündeter dasteht.

-we-

**(8) Afghanistan: Volkswiderstand  
und Belanglosigkeit der  
sowjetischen Rückzugs-  
bedingungen**

Neben den muslimischen Kampftruppen im afghanischen Berggebiet sieht Xinhua (XNA, 7.5.80) eine "zweite Front" entstehen, und zwar in Form der städtischen Studenten, die Aufmärsche veranstalten, Flugblätter verteilen - und zwar nicht nur in Kabul, sondern auch in Städten wie Kandahar und Jalalabad. Bereits am 24. April hatten Polizeikräfte das Feuer auf diese Studenten eröffnet und in Kabul zwölf von ihnen getötet. Dies führte zu noch größeren Umzügen am 26. April (XNA, 4.5.80). Xinhua-Korrespondent Guo Ping setzt sich mit den drei Bedingungen für einen Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan auseinander, die der sowjetische Botschafter in Frankreich bekanntgegeben hat (XNA, 27.5.80). Danach müßten erstens die "bestehenden Realitäten anerkannt werden", d.h. m.a.W., die Legitimation des Kabul-Regimes; zweitens müßten Pakistan und Iran mit der Regierung in Kabul in Verhandlungen eintreten und drittens müßten alle Einmischungen von außen unterbleiben und die Gewißheit bestehen, daß in Zukunft keine Einmischungen mehr stattfänden. Mit diesen drei Bedingungen wolle Moskau die rechtliche Anerkennung des von ihm eingesetzten Marionettenregimes erpressen. Würden sich Paki-

stan und der Iran auf Verhandlungen mit Kabul einlassen, so würde dadurch nachträglich das Regime anerkannt und dessen "Hilferuf" an die Sowjetunion gerechtfertigt (XNA, 17.5.80). Für Afghanistan gebe es nur eine Lösung, nämlich den bedingungslosen Rückzug der Invasoren. Dazu aber zeigten die Sowjets keine Bereitschaft, im Gegenteil: sie bauten ihre Logistik weiter aus, hätten den Plan für den Bau einer Eisenbahn von der Sowjetgrenze nach Kabul neu aufgenommen und errichteten gerade zwei dauerhafte Brücken über den Amu Dary-Fluß, der die Grenze zwischen Afghanistan und der Sowjetunion bildet (XNA, 23.5.80).

-we-

## ASIEN

**(9) Hua Guofeng auf Staatsbesuch  
in Japan**

Zum erstenmal in der fast zweitausendjährigen Geschichte der japanisch-chinesischen Beziehungen stattete der höchste politische Repräsentant Chinas dem Nachbarland einen offiziellen Besuch ab. Partei- und Regierungschef Hua Guofeng verbrachte sechs Tage, vom 27.5. bis 1.6., in Japan. Sowohl die chinesische, als auch die japanische Seite maßten dem Staatsbesuch größte Bedeutung bei.

Der Besuch fand in einer Atmosphäre der Freundschaft statt, die von allen Beteiligten sorgfältig betont wurde. Daran änderte auch der anlaufende Wahlkampf für Unter- und Oberhauswahlen in Japan nichts: Nachdem Ministerpräsident Ohira eine Vertrauensabstimmung durch den Boykott von siebzig "Parteifreunden" verloren hatte, setzte er für den 22. Juni Neuwahlen an, wobei er offensichtlich mit zusätzlichem Popularitätsgewinn durch den Besuch Huas rechnete. Auch andere Politiker versprachen sich Vorteile aus "publicitywirksamen" gemeinsamen Auftreten mit dem chinesischen Parteichef.

Das Besuchsprogramm für Hua umfaßte neben einem Empfang bei dem Tenno und verschiedenen politischen Gesprächen mit dem japanischen Ministerpräsidenten und anderen Regierungsmitgliedern einen Besuch in Kyoto, der alten kaiserlichen Hauptstadt, die Hua mit einem Zug des superschnellen "Hikari"-Expresses erreichte. Weiterstanden Werksbesichtigungen und ein Besuch bei einer Arbeiterfamilie auf dem Programm.

Im Verlauf seiner ersten Unterredung mit Ohira betonte Hua die bekannten Standpunkte Chinas zu den weltpolitischen Krisenpunkten, wobei Japan besonders an Huas Äußerungen zur Indochina-Frage interessiert war: Die Sowjetunion suche sich in Kambodscha durch ihren Stellvertreter Vietnam festzusetzen, um die ASEAN-Staaten zu destabilisieren und die Straße von Malacca unter ihre Kontrolle zu bringen; da sie gleichzeitig

auf den Persischen Golf zielt, wären damit Japans Überlange und somit verletzliche Versorgungswege für Öl unmittelbar bedroht. Ohira versicherte Hua, daß Japan nicht daran denke, seine Haltung zur Pol-Pot-Regierung zu ändern (Japan erkennt die Regierung Heng Samrin nicht als legitim an). (AS, 28.5.80, S.2)

Im Mittelpunkt des zweiten Gespräches zwischen Hua und Ohira standen bilaterale Probleme. Ohira sagte China auch für die achtziger Jahre weitere Yen-Kredite zu, drang aber gleichzeitig darauf, daß China längerfristige, regelmäßige Öllieferungen zusage. Es wurden keine konkreten Absprachen getroffen, aber Japan schlug regelmäßige Konsultationen zwischen dem japanischen Außenminister und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten der VRCh, Gu Mu, vor - die chinesische Seite stimmte "grundsätzlich" zu (AS, 28.5.80). Hua und Ohira unterzeichneten ein Abkommen über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit, das folgende Punkte umfaßt:

1. Austausch von Wissenschaftlern und Technikern,
2. Teilnahme von Wissenschaftlern und Technikern an gemeinsamen Konferenzen und Seminaren,
3. gemeinsame Forschungsprojekte,
4. Austausch von Forschungsergebnissen.

Die Koordination dieser Vorhaben soll bei einem "japanisch-chinesischen Komitee für wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit" auf der Ebene von Fachreferenten in zuständigen Ministerien liegen (AS, 28.5.80).

Während es in der japanischen Presse noch kritisiert worden war, daß Deng Xiaoping bei seinem Japanbesuch im Jahre 1978 auch den früheren Ministerpräsidenten Tanaka Kakuei aufsuchte, der unter der Anklage der passiven Bestechung steht, meldeten die Zeitungen kommentarlos, daß auch Ministerpräsident Hua den schwer belasteten Politiker zu einem Frühstück empfing (AS, 28.5.80, S.2). Es gehört zur Gepflogenheit chinesischer Politiker, alte "Freunde" bei solchen Gelegenheiten durch eine Einladung zu ehren, und so traf Hua auch mit dem Vorgänger Ohiras (und seinem Erzrivalen) Fukuda zusammen, der 1978 unter dem Druck der Öffentlichkeit und seiner Partei den Friedens- und Freundschaftsvertrag mit China unterzeichnet hatte. Obwohl Fukuda immer der Taiwan-Lobby in der Regierungspartei zugezählt wurde (vgl. C.a., Oktober 1976, S.555-557), lud der chinesische Staatsgast ihn und seinen Vertrauten und "Kronprinzen" in der Fukuda-Gruppe der Partei, Abe Shintaro, nach China ein - beide nahmen dankbar an. (AS, 29.5.80)

Eine ähnliche Geste freundschaftlicher Bindung machte Hua, als er den Ehrenpräsidenten der buddhistischen Massenorganisation Soka Gakkai (10 Mio. Mitglieder), Ikeda Daisaku, sowie die beiden Parteiführer der politischen Organisation dieser buddhistischen Laienbewegung Komeito (Partei für saubere Politik) aufsuchte

(XNA, 29. und 30.5.80). Sowohl die religiöse Massenorganisation als auch ihr politischer Verband hatten sich in den letzten Jahren wohl am stärksten für ein enges chinesisch-japanisches Verhältnis eingesetzt. 1978 war die Komeito der wichtigste Ansprechpartner für die chinesische "Volksdiplomatie"; sie ist zur Zeit die zweitstärkste Oppositionspartei und könnte in den Wahlen 1980 ihre Position durchaus noch verstärken. Es bleibt noch am Rande zu erwähnen, daß Hua weder mit sozialistischen noch gar kommunistischen Politikern zusammentraf: Zur Kommunistischen Partei Japans sind die Beziehungen seit der Kulturrevolution (1966) unterbrochen, und die Sozialistische Partei Japans hat für chinesischen Geschmack einen zu starken pro-sowjetischen Flügel.

Konkrete politische Äußerungen machte Hua am 29. Mai auf einer Pressekonferenz im Japanischen Presseclub. Zu den Kernproblemen sagte er:

1. Obwohl Sozialismus und Kapitalismus prinzipiell unvereinbar sind, ist dennoch eine wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Systeme möglich, d.h., er erwartet, daß sich die wirtschaftliche Kooperation beider Länder in Zukunft noch verstärken wird, woraus man schließen könnte, daß China bereit zu sein scheint, den Grad der wirtschaftlichen Abhängigkeit von Japan zu erhöhen, was bisher als politisch nicht erwünscht erschien.

2. Hua versicherte weiter den Journalisten, daß seiner Ansicht nach Nordkorea trotz der Unruhen im Süden nicht die Absicht habe, nach Süden vorzustoßen. Er trat für Gespräche zwischen Nord- und Südkorea ein.

3. Die Kritik an chinesischen Äußerungen zur japanischen Verteidigung aufgreifend (s.o.), sagte Hua: Ein souveräner Staat braucht eigene Verteidigungsmittel, um sich gegen Aggressionen zur Wehr setzen zu können - aber er wolle solche Äußerungen nicht als Versuch zur Einmischung verstanden wissen. (AS, 30.5.80)

Die Hochstimmung der japanischen öffentlichen Meinung, die in dem Besuch tatsächlich "einen neuen Höhepunkt in der chinesisch-japanischen Freundschaft" (Hua, XNA, 24.5.80) sehen wollte, konnte durch nichts gestört werden, auch nicht durch den Test einer Interkontinental-Rakete (ICBM) Chinas im Südpazifik, der in Japan heftig kritisiert wurde (Kyodo, 15.5.80). Hua äußerte beruhigend gegenüber einem japanischen Besucher, daß "China niemals seine Nuklearwaffen gegen Japan einsetzen" würde, sondern "einen Vergeltungsschlag mit Atomwaffen gegen die Sowjetunion erwägen muß, falls Moskau seinen Hegemonismus vorantreibt und China angreift." (Kyodo, 15.5.80)

In einer Grußadresse vor 3.000 Teilnehmern von japanisch-chinesischen Freundschaftsgesellschaften, die vom Nationalen Fernsehen (NHK) übertragen wurde, griff Hua noch einmal das Thema des ICBM-Tests auf; er sagte: "China wird

sich eine geringe Anzahl strategischer Waffen zulegen; sie sind jedoch rein defensiv und sollen dazu dienen, das Kernwaffen-Monopol der Supermächte zu brechen; China wird niemals als erster Kernwaffen einsetzen." (AS, 29.5.80)

Während eine Reihe japanischer Massenblätter dem Hua-Besuch Sonderausgaben widmete, schob die "Asahi Shimbun" dieses Thema an die Seite und "machte auf" mit einem Bericht über die Vorgänge in Südkorea (AS, 27.5.80); die "Asahi" bewertete den Besuch Huas auch erheblich nüchterner als andere Zeitungen. Gemessen an der Euphorie, mit der 1978 Deng Xiaoping bei seinem Besuch in Japan begrüßt worden war, sei der Besuch Huas nicht unter einem "China-Fieber" (AS, 1.6.80, S.4) verlaufen, zu viele innen- und außenpolitische Probleme hätten sich in den Vordergrund geschoben: Die Krise in Südkorea (Kuanju) und vor allem der beginnende Wahlkampf in Japan, der möglicherweise eine Wende zum "Zeitalter der Koalition" in Japan bringen könnte; und die Spekulationen, die sich an Ohiras Erkrankung knüpften, dominierten doch im Bewußtsein der Öffentlichkeit und der veröffentlichten Meinung, laut "Asahi". Der Grund ist offenkundig: Zur Zeit bestehen zwischen China und Japan keine Probleme, wesentliche Fragen von beiderseitiger Bedeutung mußten nicht behandelt werden (das Abkommen über wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit ist kaum als "vertragspolitischer" Höhepunkt des Besuches zu werten). Auch die chinesische Seite hat offenbar die fehlende überschäumende Begeisterung bemerkt; es wurde festgestellt, daß die beiderseitigen Beziehungen nunmehr in "ein Stadium konkreter und realistischer Zusammenarbeit" eingetreten seien (XNA, 4.6.80). Diese Einschätzung deckt sich mit der Bewertung aus dem japanischen Außenministerium; ein Sprecher beschrieb die Phasen der Annäherung zwischen beiden Staaten schon vor dem Besuch so: "Die sechziger Jahre - eine Epoche unnormaler Beziehungen; die siebziger Jahre - eine Epoche, in der die neuen freundschaftliche Beziehungen gefeiert wurden, während die achtziger Jahre schließlich auf dieser Basis eine Epoche breiter praktischer Beziehungen werden sollen." (AS, 26.5.80)

-p-

### (10) Japanischer "Falke" in Peking

Der frühere Generalsekretär der regierenden Liberal-demokratischen Partei Japans und jetzt Führer der viertstärksten Machtgruppe in seiner Partei, Nakasone Yasuhiro, besuchte zusammen mit fünf Abgeordneten seiner Gruppe die VR China. Nakasone gilt als Verfechter einer stärkeren japanischen Aufrüstung; während seiner Amtszeit als Leiter des japanischen "Verteidigungsamtes" (Verteidigungsministerium) hat er mehrfach angedeutet, daß seiner Meinung nach Japan in Zukunft auch über atomare Abschreckungsmittel verfügen müßte. Nakasone hat mehrere Anläufe gemacht, um die Führung seiner Partei zu erlangen, auch bei den diesjährigen

Wahlen zur Präsidentschaft wird er wieder kandidieren. Es steht nicht zu erwarten, daß er dieses Mal erfolgreicher sein wird, aber er hält in der japanischen Regierungspartei eine äußerst einflußreiche Position.

Die chinesische Führung trug dieser Tatsache Rechnung: Nakasone wurde auch von Hua Guofeng empfangen (AS, 1.5.80). Wichtiger noch als diese Ehrung war Nakasones Unterredung mit dem stellvertretenden Stabschef der PLA, Wu Xiuquan; Nakasone erklärte nach diesem Treffen, daß ihn die "vereinten Anstrengungen des chinesischen Volkes, die nationale Verteidigung zu verstärken und das Modernisierungsprogramm zu verwirklichen, tief beeindruckt" hätten. An die Adresse Tokyos sagte er: "Japan sollte sich in der gegenwärtigen angespannten internationalen Lage mit der Frage einer Stärkung der eigenen Verteidigungsmöglichkeiten befassen" (XNA, 3.5.80).

-p-

### (11) China fordert größere japanische Verteidigungsanstrengungen

Pekings Warnungen vor der wachsenden sowjetischen Präsenz im Pazifik und im Indischen Ozean, sowie die Kritik der chinesischen Führung an der fortgesetzten sowjetischen Besetzung der südlichen Kurilen-Inseln findet seit einiger Zeit ihre Ergänzung in nachdrücklichen Aufforderungen an die japanische Seite, größere Verteidigungsanstrengungen zu unternehmen. Die japanische Öffentlichkeit reagiert außerordentlich empfindlich auf alle Rüstungsmaßnahmen, daher hält jede Regierung die Verteidigungsausgaben sorgfältig unterhalb der "Tabu-Zahl" von 1% des BSP. Die Forderung des stellvertretenden Stabschef der PLA, Wu Xiuquan, Japan solle seine Verteidigungsausgaben auf 2% des BSP erhöhen, wurde deshalb scharf als "Einmischung in die inneren Angelegenheiten Japans" zurückgewiesen - allerdings wollte der Sprecher des Außenministeriums, der diese Zurückweisung äußerte, nicht genannt werden (Kyodo, 30.4.80).

Seine besondere Verwunderung äußerte der Sprecher darüber, daß Peking vor der Normalisierung der Beziehungen (1972) stets vor einem "Aufleben des japanischen Militarismus" gewarnt habe, jetzt aber eine völlig gegenteilige Position vertrete (AS, 1.5.80, S.2).

Wu hatte diese Forderung bei einem Treffen mit dem früheren japanischen Verteidigungsminister und einflußreichen konservativen Politiker Nakasone erhoben (s.o.). Es sei "nicht ungewöhnlich" für eine wirtschaftliche Großmacht wie Japan, auch militärisch stark zu sein. China sei sich bewußt, so Wu, daß jede japanische Aufrüstung zu Mißtrauen und Ablehnung in Südostasien führen könnte, aber Japan müsse in der Lage sein, sich selbst zu verteidigen (Kyodo, 30.4.80). Die gleiche Ansicht hatte

auch Hua vertreten, indem er sagte, daß "China unter den jetzigen Umständen Japans Versuche unterstützt, sein Verteidigungspotential zu erhöhen... Ein souveräner Staat muß über ausreichende Verteidigungsmittel verfügen" (AS, 1.5.80; XNA, 30.4.80 u. 1.5.80). Hinsichtlich des Amerikanisch-japanischen Sicherheitsvertrages von 1960, der in Japan von den Oppositionsparteien größtenteils abgelehnt wird, sagte Wu, daß er für Japan wichtig sei; er fügte hinzu, daß jeder weitere amerikanische Truppenabzug Asien von Nachteil für diese Region wäre und forderte Japan auf, nicht das Vertrauen in die USA zu verlieren (Nationales jap. Fernsehen/NHK, SWB, 29.4.80). Nakasone bemerkte zu den Ausführungen Wus, daß "abstrakte Diskussionen" zu nichts führen würden, es gelte zuerst, die Haltung der Bevölkerung zur Verteidigungsproblematik zu verändern. Jedoch verlangte er, die japanische Territorialverteidigung auszubauen und die motorisierte Infanteriedivision auf der nördlichsten Hauptinsel Hokkaido (die auf Sichtweite einer der sowjetisch besetzten Kurilen-Inseln gegenüberliegt) zu verstärken (XNA, 2.5.80).

Peking versucht offensichtlich auch, direkt mit den japanischen "Selbstverteidigungsstreitkräften" (SDF) Kontakte zu knüpfen: Im April empfing Vizepremier Ji pengfei eine Delegation der Kameradschaftsorganisation ehemaliger SDF-Offiziere - die selbstverständlich noch gute Kontakte zu aktiven Offizieren unterhalten (XNA, 26.4.80).

-p-

## **(12) Streit mit Japan und Südkorea um Schelfgebiete im Ostchinesischen Meer**

Japan und Südkorea schlossen im März 1979 ein Abkommen über die Schürfung, Erschließung und Verwaltung einer "gemeinsamen Erschließungszone" im Ostchinesischen Meer. Die Probebohrungen im westlichen Teil dieser Erschließungszone begannen im Mai 1980.

Daraufhin gab die chinesische Regierung am 7. Mai eine Protesterklärung ab, die - angesichts des so freundschaftlich gehaltenen Verhältnisses zu Japan - ungewöhnlich scharf war. Das japanisch-südkoreanische Abkommen ist entgegen internationalen Gepflogenheiten nicht nach Konsultationen mit China, zu dessen Kontinentalschelf die betreffende "Zone" gehört, sondern einseitig, ohne Befragung der chinesischen Regierung, abgeschlossen worden. Es sei deshalb "durch und durch illegal und null und nichtig. Die chinesische Regierung wird auf keinen Fall Aktionen dulden, die die Souveränität und die Interessen Chinas verletzen. Sollten ein Land oder eine Privatperson der sog. 'gemeinsamen Erschließungszone', die das 'Abkommen' einseitig festgelegt hat, Erschließungsmaßnahmen unternehmen oder sich an solchen beteiligen, so werden sie die volle Verantwortung für alle sich daraus ergebenden

Konsequenzen tragen müssen. Die chinesische Regierung behält sich all ihre legitimen Rechte auf dieses Gebiet vor" (XNA, 7. und 8.5.80). China geht davon aus, daß der Kontinentalschelf die natürliche Fortsetzung des Festlandes ist und daß es deshalb über unverletzliche, souveräne Rechte auf den Kontinentalschelf im Ostchinesischen Meer verfügt. Weiterhin heißt es in dem Kommentar der RMRB vom 8. Mai: "Die japanische Regierung versucht, ihre Verletzung der Souveränität Chinas zu rechtfertigen, indem sie behauptet, daß die sog. gemeinsame Erschließungszone nicht die 'Mittellinie' des Ostchinesischen Meers überschreite. Dies ist unhaltbar, denn die 'Mittellinie' ist kein anerkanntes Prinzip des Völkerrechts für die Abgrenzung des Meeres zwischen Küstenländern. Vielmehr fordert das Völkerrecht, daß Abgrenzungen wie auch vorübergehende Maßnahmen, die vor Unterzeichnung eines Abkommens getroffen werden, durch Konsultationen und Vereinbarungen... vorgenommen werden müssen." Außerdem sei die von Japan erwähnte "Mittellinie" einseitig definiert.

-we-

## **(13) Chinas Stellungnahme zu den Studentenunruhen in Südkorea**

Nach der Ermordung des früheren südkoreanischen Staatspräsidenten Park Chung Hee am 25. Oktober 1979 (vgl. dazu auch C.a., Januar 1980, 0 15) schien sich vorübergehend eine demokratische Tauwetterperiode in Korea anzubahnen: Es war von einer Verfassungsänderung die Rede, die die fast allmächtige Stellung des Staatspräsidenten reduzieren sollte; ferner wurden Oppositionspolitiker aus Gefängnissen entlassen und eine gewisse Pressefreiheit gewährt. Doch schon Ende Dezember ergriff eine Gruppe um General Chon Doo Hwan die Macht, indem er vor allem die Leitung des KCIA übernahm. Chon sorgte dafür, daß die Macht in Korea auf ihren bisherigen drei Säulen (Armee, Präsidentschaft und KCIA) ruhen blieb.

Dagegen erhob sich nicht nur Protest von seiten der gerade entlassenen Oppositionspolitiker, unter ihnen vor allem Kim Dae Jung, sondern auch der Studenten, vor allem der Studenten in der Heimatstadt Kims, des südwestkoreanischen Kwangju. Chon hatte bereits im Dezember die Armee säubern lassen. Mitte Mai zwang er auch noch die Regierung zum Rücktritt, setzte ein ihm genehmes neues Kabinett ein, schloß das Parlament, verbot alle politischen Parteien und ließ die freigelassenen Oppositionspolitiker wieder einsperren. Chon war ein Bewunderer Park Chung Hees, hatte bis zuletzt zu dessen vertrautem Kreis gehört und nahm nunmehr Rache. Spektakulär war die Rückeroberung des von Aufständischen besetzten Kwangju durch Fallschirmjäger und Einheiten der Armee am 27. Mai. Der Aufstand wurde mit unnötiger Härte niedergeschlagen. Offiziell gab es 144 Tote, aber wahrscheinlich waren es an die 500.

Die Demonstranten hatten nicht nur für demokratische Verhältnisse, sondern auch für eine ge-

rechtere Verteilung des wachsenden Wohlstandes der koreanischen Wirtschaft demonstriert.

Das Militär rechtfertigte sein Vorgehen mit der Gefahr eines erneuten Angriffs aus dem Norden.

An dieser Stelle hakten die chinesischen Stellungnahmen ein. Geng Biao, der stellvertretende chinesische Ministerpräsident, wies bei seinem Besuch in den USA (dazu Übersicht) darauf hin, daß China gegen jegliche militärische Aktion Nordkoreas gegen den Süden sei. Er, Geng, habe Versicherungen der nordkoreanischen Führung, daß dort keine Angriffsabsichten bestünden. Auch Hua Guofeng stellte während seines Besuches in Japan ein militärisches Abenteuer Pyongyangs nachdrücklich in Abrede und meinte, die Gefahr komme eher aus dem Süden, falls Seoul sich infolge seiner internen Schwierigkeiten zu Maßnahmen gegen den Norden hinreißen lasse. Gleichzeitig wiederholte Hua die rituelle Forderung Chinas, die USA müßten sich aus Südkorea zurückziehen, um so einen Dialog zwischen Nord- und Südkorea möglich zu machen (XNA, 29. und 30.5.80).

-we-

#### **(14) Erneuerung der chinesisch-pakistanischen Entente cordiale**

Vom 2.-6.Mai besuchte der Präsident der Islamischen Republik Pakistan, Zia ul-Haq, die VR China und führte dort Gespräche mit den Spitzen von Partei und Regierung. Mit diesem Besuch, bei dem es zu einer fast nahtlosen Übereinstimmung beider Parteien kam, wurden die eine Zeitlang durch die Hinrichtung des früheren Präsidenten Bhutto angeschlagenen freundschaftlichen Beziehungen wiederhergestellt. Noch im Januar 1979 hatte China um Gnade für Bhutto gebeten (C.a., Februar 1979, 0 6) und später gegen Bhuttos Hinrichtung offiziell protestiert (C.a., April 1979, 0 14). Auf einem Weg kleiner Schritte war man sich aber dann doch wieder nähergekommen (Unterzeichnung eines Grenzhandelsabkommens, Austausch von Luftwaffen-Delegierten, Errichtung einer Sportanlage durch die Chinesen in Islamabad, prochinesische Äußerungen des pakistanischen Präsidenten bei der Konferenz der Blockfreien und Übergabe einer Waffen- und Munitionsaufbereitungsfabrik durch die Chinesen an die Pakistani (vgl. dazu die Übersichten in C.a., Juni bis Dezember 1979). Vor allem die sowjetische Invasion in Afghanistan hat Peking und Islamabad dazu veranlaßt, auch letzte noch verbliebene Reste von gegenseitigen Vorwürfen zu vergessen und nun nur noch die Gemeinsamkeiten zu betonen.

Aus chinesischer Sicht ist Pakistan das eigentlich südasiatische Gegengewicht zu dem sich nach wie vor höchst sowjetfreundlich gebenden Indien und gleichzeitig auch Frontstaat gegenüber Afghanistan, von dem in den vergangenen Jahren immer wieder die Gefahr einer Aufspaltung Pakistans ausgegangen war. Ein politisch

stabiles, militärisch wohlgerüstetes und in der Blockfreien - sowie der islamischen Welt fest verankertes Pakistan mit antihegemonistischer Stoßrichtung - dies ist Chinas Wunschvorstellung. Die Pakistani andererseits sahen in China seit dem pakistanisch-indischen Dezemberkrieg von 1971, in dessen Gefolge die USA ihre bisher so guten Beziehungen zu Islamabad sowie die Waffenlieferungen abbrachen, den eigentlichen Waffenlieferanten. Washington verweigerte seitdem zwar auch den Indern substantielle Waffenlieferungen, doch waren die Pakistani weit stärker von diesem Embargo betroffen, da die Inder fortan Lieferungen aus der Sowjetunion bekamen (bereits im August 1971 hatten Neu-Delhi und Moskau einen Freundschafts- und Zusammenarbeitsvertrag abgeschlossen) und außerdem in der Zwischenzeit in der Lage sind, 85% ihres Bedarfs selbst herzustellen. Mittlerweile hat sich auch die amerikanische Regierung bereitgefunden, ihre Waffenlieferungen an Pakistan wieder aufzunehmen, wenn auch in einer Höhe (400 Mio.US\$), die der pakistanische Präsident als lächerliches Geschenk (peanut = Erdnuß) bezeichnete. Die Afghanistan-Krise hat es also vermocht, zwei alte potentielle Freunde Pakistans wieder an Islamabad zu binden. Was die militärische Unterstützung anbelangt, so setzt China seine Unterstützung fort, allerdings in einem zahlenmäßig nicht bekannten, vermutlich aber nicht genügenden Umfang.

Immerhin sind die bisherigen Leistungen Chinas, das ja selbst noch im wirtschaftlichen und militärischen Entwicklungsstadium steckt, beachtlich. Zia ul-Haq sprach von Lieferungen in Höhe von 2 Mrd.US\$ seit 1971! Außerdem hätten die Chinesen den Pakistani die Kunst der Selbsthilfe und des Vertrauens auf die eigene Kraft beigebracht.

Auch im März besuchte eine chinesische Militär-Delegation unter Leitung des stellvertretenden Verteidigungsministers Xiao Ke Pakistan, wobei die sowjetische Invasion in Afghanistan und die daraus zu ziehenden Konsequenzen Gegenstand des Gespräches waren (XNA, 16.3.80). Den Chinesen wäre es recht, wenn die pakistanischen Wünsche nach einer amerikanischen Wirtschaftshilfe in Milliarden-Dollar-Höhe und nach Waffenfabriken für rund 5 Mrd.US\$ sowie die Bitten um Lieferung von 300 deutschen Leopard-Panzern in Erfüllung gingen. Gestärkt werden müßte vor allem die pakistanische Nordwestfront, da fast die gesamte substantielle pakistanische Streitmacht nach Indien hin disloziert ist. Ein sowjetischer Angriff ließe sich mit konventionellen Mitteln nicht aufhalten, auch nicht am Khaiber-Paß, dem klassischen Einfallstor aller bisherigen Invasoren. Zia ist allerdings sicher, daß das 80-Millionen-Volk der Pakistani langfristig einen aussichtsreichen Guerillakrieg führen könnte.

So weit will man es allerdings in Islamabad gar nicht erst kommen lassen. Die pakistanische Regierung will sich vor allem auf fünf Säulen stützen, nämlich die UNO, die Beschlüsse der

Islamischen Konferenz, die Blockfreien, die USA und China. Die islamische Außenministerkonferenz hatte bei einer Sondertagung bereits im Januar 1980 den sofortigen Abzug der Sowjetunion aus Afghanistan gefordert und wiederholte dieses Verlangen bei der XI.Konferenz in Islamabad am 22.Mai nach einer sechstägigen Debatte. Die Konferenz lehnte jeden Kontakt mit dem Kabul-Regime vor Abzug der sowjetischen Truppen ab. Die Führer der afghanischen Guerilla-Organisationen beteiligten sich an der Konferenz, indem sie sich der iranischen Delegation anschlossen und während der sechs Tage im Namen der afghanischen Widerstandsorganisation Reden hielten.

Zia ul-Haq betonte ferner in Peking wiederholte Male, daß das Votum von 104 Ländern in der UNO gegen die Okkupation Afghanistans nicht ohne Wirkung bleiben könne (XNA, 4.5.80). Auch die Blockfreien (zumindest die wirklich blockfreien Länder) hätten sich in ihrer überwältigenden Mehrheit gegen das Kabul-Abenteuer ausgesprochen.

Bei den Besprechungen in Peking war man sich zumindest in fünf Punkten einig:

- Die Afghanistan-Frage könne nur gelöst werden durch den Abzug aller sowjetischen Truppen (XNA, 7.5.80). Ein nur teilweiser Rückzug sei indiskutabel (so schon XNA, 13.2.80).

Beide Seiten stimmten auch darin überein, daß die afghanische und die kambodschanische Frage nicht voneinander getrennt werden könnten und daß beide zusammen zwei Aspekte einer globalen Strategie der Sowjetunion offenbarten (XNA, 6.5.80). Beide Fragen seien nicht nur regionale, sondern wirklich globale Probleme. Der Vorstoß nach Afghanistan habe "geopolitische Bedeutung". "Er bedroht Pakistan, kreist Iran ein und bedeutet zugleich eine Flankenbewegung gegen China. Er bedroht ferner die Seewege und damit die gesamte Ölversorgung Westeuropas, Japans..." (XNA, 4.5.80). Der Vorstoß habe ferner Pakistan mit nicht weniger als 700.000 Flüchtlingen aus Afghanistan belastet (ebenda). Verhandlungen mit dem Karmal-Regime kämen solange nicht in Betracht, wie noch sowjetische Truppen in Afghanistan stünden (RMRB, 2.5.80).

- Beide Teile, Pakistan und China, wollten auch die Olympischen Spiele in Moskau boykottieren. Dies treffe im übrigen auch für die Mitglieder der Islamischen Konferenz zu (XNA, 4.5.80).

- Beide waren sich darüber einig, daß Pakistan und die USA wieder bessere Verbindungen zueinander anknüpfen müßten. 1959 bereits hätten beide Staaten ein Abkommen über bilaterale Verteidigungszusammenarbeit unterzeichnet, doch hätten sich die Amerikaner nie genau an dieses Abkommen gehalten. Erst nach Afghanistan sei es wieder zu einer Besserung gekommen.

- Beide Seiten hoffen auch, daß die pakistanisch-indischen Beziehungen sich im Interesse

einer regionalen Zusammenarbeit verstärken. Zia führte bei einer Pressekonferenz aus, daß drei Kriege genug seien. Indien müsse endlich verstehen, daß ein starkes Pakistan auch in seinem Interesse liege (XNA, 4.5.80). In diesem Zusammenhang ist auch erwähnenswert, daß das Zusammentreffen zwischen Hua Guofeng und Indira Gandhi bei der Beerdigung Titos in Belgrad zu einer ersten Verbesserung in den indisch-chinesischen Beziehungen geführt hat, die ja auch für das indisch-pakistanische Verhältnis nicht unwichtig sind (XNA, 18.5.80). Nach chinesischer Auffassung ist ja auch die indische Regierung trotz aller gegenteiligen Erklärungen höchst beunruhigt über die sowjetische Besetzung Afghanistans.

- Beide Seiten waren sich schließlich darüber einig, daß China den Pakistanis im Falle eines sowjetischen Angriffs auf Pakistan Hilfe leisten werde. Dies betonte Hua Guofeng bei seiner Tischrede am 2.Mai. "China wird fest an der Seite Pakistans gegen Aggression und Einmischung von außen stehen..." (XNA, 3.5.80). Schon vorher hatte China immer wieder betont, daß die sowjetische Kontrolle über Afghanistan gleichzeitig auch eine unmittelbare Bedrohung Pakistans bedeute: Die Entfernung der sowjetischen Streitkräfte betrage jetzt, in der Luftlinie gemessen, nur 120 Meilen bis Islamabad, 250 Meilen bis Lahore, der Hauptstadt der Provinz Punjab und des subkontinentalen Kornspeichers, 300 Meilen bis zum natürlichen Kriegshafen Gwadar in der Provinz Belutschistan nahe dem Arabischen Meer und nur 300 Meilen zur Straße von Hormuz, der lebenswichtigen Ölader des Westens. Afghanistan sei ein gefährliches Sprungbrett für die Sowjetunion (BRu 1980, Nr.9, S.11). Außerdem wurde darauf hingewiesen, daß sich z.Zt. 90.000 sowjetische Soldaten in Afghanistan befinden (XNA, 4.5.80).

Neben diesen fünf Punkten, in denen auch nach außen hin Harmonie bekundet wurde, sind möglicherweise noch zwei weitere Gegenstände behandelt worden, nämlich die Unterstützung eines pakistanischen Atombombenversuchs in der Provinz Xinjiang und die Ausbildung afghanischer Flüchtlinge zu Widerstandskämpfern.

Beide Punkte werden von pakistanischer Seite bestritten:

- Die Explosion einer Atombombe sei schon deshalb indiskutabel, weil Pakistans Nuklearprogramm einzig und allein auf friedliche Ziele gerichtet sei (SWB, 5.5.80).

- Was die Ausbildung von afghanischen Aufständischen anbelangt, so spielt sie in der Propaganda des Karmal-Regimes eine wichtige Rolle (vgl. z.B. Radio Kabul in SWB, 8.5.80). In der Tat wäre es ein Wunder, wenn Pakistan und China sich die einzigartige Chance entgehen ließen, das gewaltige Potential von 700.000 afghanischen Flüchtlingen zu mobilisieren. Radio Hanoi äußerte einen solchen Verdacht schon am 28.Januar: "Die Pekinger Expansionisten haben die

Karakorum-Hochstraße ausgebaut und benutzen sie nun in massivem Umfang zur Einschleusung von Ausbildern, Nahrungsmitteln und Waffen nach Pakistan, um auf diese Weise den Reaktionären verschiedenster Art Hilfe bei ihrem Kampf gegen die Demokratische Republik von Afghanistan zu leisten. Es ist bemerkenswert, daß Peking hierbei die volle Unterstützung Washingtons und Londons hat" (zit. in SWB, 8.2.80). Die Gefahr, die für die Sowjets von den afghanischen Stämmen ausgeht, wird von Moskau ernst genommen. Die afghanischen Krieger kämpfen schon seit vielen Generationen, sie "kümmern sich", wie Pakistans Verteidigungsminister Talpur betont, "mehr um ihre Waffen als um ihr Brot".

-we-

### (15) Außenminister Huang Hua in Thailand

Offensichtlich kam man bei den thailändisch-chinesischen Gesprächen in fast allen beide Staaten berührenden Problemen zu einer nahtlosen Übereinstimmung.

- Ursache des Flüchtlingsproblems: der vietnamesische Angriff auf Kampuchea

- Schlüssel zur Lösung aller kambodschanischen Probleme: der Abzug der vietnamesischen Truppen; keine Anerkennung des Heng-Samrin-Regimes in Phnom Penh. Die Regierung müsse vom kambodschanischen Volk selbst gewählt werden

- Gemeinsame Teilnahme an der Genfer Indochina-Konferenz

- Wahrscheinlich waren sich beide Seiten auch darüber einig, daß von Vietnam gegenwärtig keine Angriffsgefahr auf Thailand ausgehe. Im übrigen hatte Deng Xiaoping bereits am 28. Oktober 1979 in Peking erklärt, daß China auf der Seite Thailands stehe, falls dieses von Vietnam angegriffen werde. Wahrscheinlich dachte er dabei an einen zweiten "Erziehungsfeldzug" im Bereich Nordvietnam oder Laos.

- Einig war man sich vermutlich ferner über die Notwendigkeit einer stärkeren Einbeziehung der USA in die Verteidigung Thailands. Noch Anfang März hatten sechs Schiffe der 7. US-Flotte, von der Subic-Basis der Philippinen kommend, vor Phatthaya geankert und dabei "Flagge gezeigt".

- Beide betrachten die Kampuchea- und die Afghanistan-Frage als ein zusammengehöriges Ganzes (XNA, 9.5.80). Beide sind interessiert an einem unabhängigen, neutralen und blockfreien Kampuchea als Voraussetzung für Frieden und Stabilität in Südostasien (ebenda). Der Beschluß der UNO-Generalversammlung Nr. 34/22 sowie die gemeinsame Erklärung der ASEAN- und EG-Staaten von Kuala Lumpur, abgegeben am 7. März 1980, müßten von den Vietnamesen unbedingt durch Rückzug ihrer Truppen aus Kambodscha honoriert werden.

- Beide Parteien stimmten darin überein, daß eines der nächsten Ziele der Sowjetunion die Malakka-Straße sein würde (SWB, 12.5.80). Sie zeigten sich besorgt darüber, daß die Sowjetunion im Jahre 1979 70 Öltanker und 300 Schiffsladungen nach Vietnam gesandt hat. Die Sowjetunion benutze Basen in Cam Ranh und Da Nang und bedrohe damit u.a. auch Thailand und China (AFP in SWB, 12.5.80).

- Beide Seiten unterzeichneten am 9. Mai ein Zivillufttransport-Abkommen, das die Basis für eine reguläre Direktverbindung zwischen beiden Ländern legen soll (XNA, 10.5.80).

- Besonders wichtig dürfte es für Thailand sein, daß China inzwischen den China-freundlichen Flügel der thailändischen KP nicht mehr gegen Bangkok unterstützt, sondern diesen stattdessen sogar zur Kooperation aufgerufen hat. Ungemein bezeichnend ist eine Sendung der "Stimme des Volkes von Thailand", die bereits Mitte 1979 ihre Anti-Bangkok-Sendungen eingestellt hatte und die nun einen Aufruf über die "Stimme der Malaysischen Revolution" herausgab, daß "Bangkok kein zweites Kabul" werden dürfe. Vietnam habe sich zum "Lakaen" der sowjetischen Expansionisten erniedrigen lassen (in SWB, 19.2.80). An dieser Stelle wird nun deutlich, daß sich die noch vor einigen Monaten so einheitlich erscheinende Kommunistische Bewegung Thailands aufgesplittert hat. Unabhängig von solchen Sendungen gehen nämlich die regierungsfeindlichen Angriffe im Süden Thailands weiter. Terroristen der Pattani United Liberation Organization sprengten am 26. April einen Zug in die Luft (Bangkok Post in SWB, 15.5.80). Am 3. Mai kam es zu einem dreistündigen Feuergefecht zwischen Aufständischen und Regierungsstreitkräften (Bangkok Post in SWB, 15.5.80). Aus diesem Grunde sehen sich die Thais und Malaysia auch gezwungen, ihr gemeinsames "Border Committee zur Bekämpfung der Kommunisten" aufrechtzuerhalten, die dort vor allem immer wieder an der Infrastruktur Schäden anrichteten. 68% der Aufständischen im thailändischen Südbereich seien Leute chinesischer Herkunft (AFP in SWB, 15.5.80). Auf diese südlichen "Terroristen" hat China offensichtlich keinen Einfluß (mehr).

- Einig waren sich beide Parteien auch darüber, daß sie keine Mannschaften zu den Olympischen Spielen nach Moskau entsenden wollten. Thailand war damit nach den Philippinen, Malaysia und Singapur das vierte ASEAN-Land, das sich zum Boykott entschloß (XNA, 17.5.80).

Wenige Tage nach dem chinesischen Außenminister traf der vietnamesische Außenminister Nguyen Co Thach in Bangkok ein. So sehr sich Bangkok mit den Chinesen einig gewesen war, so sehr zeigten sich nun bei der Verhandlung mit dem vietnamesischen Vertreter Differenzen:

- Bangkok stellte klar, daß es die Heng-Samrin-Regierung nicht anerkenne - darüber müsse das kambodschanische Volk selbst entscheiden.

- Außerdem müßten sich die vietnamesischen Truppen gemäß dem UNO-Beschluß zurückziehen.

- Was schließlich den Vorschlag der Errichtung einer "Zone des Friedens, der Freiheit und der Neutralität" anbelange, so sei diese Frage von sekundärer Bedeutung. Es sei hauptsächlich Vietnam, das durch seinen Einmarsch nach Kambodscha den Frieden und die Stabilität gestört habe. Ohne die Lösung der Kambodscha-Frage also auch keine Friedenszone!

- Schließlich beschwerten sich die Thais noch einmal über das Überfliegen ihres Gebietes durch russische Flugzeuge.

- Auch der Beschluß der vietnamesischen Regierung, nicht an der Kambodscha-Konferenz in Genf teilzunehmen, mußte die ohnehin schon schlechte Gesprächsstimmung noch mehr verdüstern.

- Einer der wundesten Punkte schließlich dürfte die Flüchtlingsfrage gewesen sein, von der Thailand immer mehr gewürgt wird (Einzelheiten in SWB, 21.5.80). Die prochinesische Stimmung in Thailand dürfte auch dadurch nicht beeinträchtigt worden sein, daß Hanoi den Thais nochmals vor Augen hielt, daß China einen gegen Bangkok gerichteten Partisanensender eingerichtet habe, daß es die Thailändische KP systematisch gegen Bangkok unterstütze, daß es bereits 1954 eine Landkarte herausgegeben habe, auf der neben den drei indochinesischen Staaten auch Thailand, Malaysia, Singapur, die Philippinen und Indonesien als chinesisches Territorium bezeichnet worden waren, daß es 1965 am September-Aufstand in Indonesien teilgenommen habe und daß es 1968 (in Wirklichkeit muß es 1969 heißen!) den Aufstand in Malaysia unterstützte. Hätten schließlich nicht Li Xiannian, Deng Xiaoping und Huang Hua immer wieder betont, daß sie die Unterstützung maoistischer Organisationen in Südostasien keineswegs einstellen wollten? (Radio Hanoi in SWB, 13.5.80).

-we-

## INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

### (16) VR China jetzt auch Weltbank-Mitglied

Nach der Erlangung der Mitgliedschaft im Internationalen Währungsfond (IMF) im April teilte die Weltbank am 15.5.80 mit, daß die Volksrepublik China auch hier den bislang von Taiwan gehaltenen Platz übernommen hat. Die Mitgliedschaft im IMF ist Voraussetzung für eine Weltbank-Mitgliedschaft. Die Weltbank, der 134 Staaten angehören, war die letzte große internationale Organisation, in der China weiterhin durch Taiwan vertreten war.

Mit seinem Weltbank-Beitritt erhält Peking Zu-

gang zu den relativ niedrig verzinsten Krediten der Weltbank selbst, die ihre Darlehen gegenwärtig mit 8,25% bis 8,50% verzinsen läßt, primär aber zu den zinsfreien "weichen" Geldern der International Development Association (IDA). Diese gewährt Darlehen, die bis zu 50 Jahre laufen und außer Verwaltungsgebühren von 3/4% p.a. zinsfrei sind. Voraussetzung, um Zugang zu Geldern der IDA zu erlangen, ist ein Pro-Kopf-Volkseinkommen von unter 500 \$ jährlich des betreffenden Darlehensnehmers.

Es bleibt zu klären, ob China diese Voraussetzung erfüllt. Nach eigenen chinesischen Angaben beträgt das Pro-Kopf-Nationaleinkommen (das materielle Netto-Inlandsprodukt) 227 \$ (1 \$ = 1,534 Y). Legt man davon unabhängig ermittelte amerikanische Berechnungen zugrunde, so gelangt man zu einem pro-Kopf-Bruttosozialprodukt von rund 500 Mrd.\$ für 1979. Das Nettosozialprodukt (=Volkseinkommen) pro Kopf der chinesischen Bevölkerung läge auch nach dieser Berechnungsart weit unter 500 \$.

Die Chinesen beabsichtigen, ihren Verpflichtungen als Weltbankmitglied voll nachzukommen. Dies bedeutet, daß sie der Weltbank gestatten, Einblick in den Stand der chinesischen Wirtschaft, der Wirtschaftspolitik und der internationalen Zahlungsfähigkeit zu nehmen.

Gegenwärtig übernimmt die Volksrepublik einen Stimmanteil von 2,39% in der Bank, den Taiwan bisher ausfüllte. Taiwan hat rund 240 Mio.\$ an ausstehenden Darlehen von der Bank und der IDA. Es wird vermutet, daß China bald versuchen wird, seinen Stimmanteil in Beziehung zu seiner wirklichen Größe aufzustocken.

Mit Chinas Mitgliedschaft ist die Zahl möglicher Kreditempfänger von 2 Milliarden auf 3 Milliarden Menschen angestiegen. D.h., der Anteil aller anderen Länder geht entsprechend zurück.

Abgesehen davon, daß China aufgrund der nötigen Prüfungen von möglichen Finanzierungsobjekten kaum vor 1982 in den Genuß von Weltbank-Darlehen kommen kann, gibt es bei der IDA auch Refinanzierungsprobleme. Denn in der im März genehmigten Wiederauffüllung der IDA-Mittel im Gegenwert von 12 Mrd.\$ für den Zeitraum bis 30.6.1983 sind keine Gelder für China vorgesehen (AWSJ, 17.5.80; NZZ, 18.5.80).

-ga-

## INNENPOLITIK

### (17) Unbegründete Spekulationen um Hua Guofeng

Im Mai 1980 gab es in der westlichen Presse erneut Spekulationen um den chinesischen Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten Hua Guofeng und sein Verhältnis zum Protagonisten des derzeit gültigen Kurses, Deng Xiaoping. Es